Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 44 — **Dienstag, den 14. April 1931** — **33. Jahrg.**

Die Einführung der Schulneulinge

findet

Dienstag nachm. 2 Uhr statt.

Rößler, Rektor.

Eine Million Arbeitsplätze?

Sicherung der deutschen Finanzen, und Sicherung des deutschen Kredits — das waren die Aufgaben des Winters, die Regierung und Reichstag gemeinsam behandelten. Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs, und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — das wird die große Aufgabe des Sommers sein, für deren Lösung das Parlament die Regierungsvollmachten erteilt hat. Die Gutachter-Kommission, die vom Kabinett eingesetzt worden ist, um das Material für die Lösung dieser Aufgabe vorzubereiten, hat ihre Vorschläge für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Beschaffung von Arbeitsplätzen durch Einschränkung des Doppelverdienens der Regierung unterbreitet. Das ausführliche Gutachten, das die Kommission jetzt vorlegt, beweist, daß man nur die schlimmsten Schäden der Arbeitslosigkeit bekämpfen kann, daß aber die tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht durch einzelstaatliche Maßnahmen, sondern nur durch eine Umstellung der Weltwirtschaft beseitigt werden können. Das Gutachten betont, daß die Arbeitslosigkeit nicht ein nationales, sondern ein internationales, nicht ein europäisches sondern ein Weltproblem ist. Drei Hauptursachen werden für die Arbeitslosenkrise und die allgemeine Weltwirtschaftskrise angeführt: die zunehmende Industrialisierung, die nach dem Kriege einsetzende Rationalisierung in Industrie und Landwirtschaft und schließlich die Erschütterung der Märkte, die durch die politischen Vorgänge in Rußland, Ostasien und Indien, durch die Senkung der Rohstoffpreise in Südamerika. entstanden ist.

Kann man diese Grundlagen der Weltwirtschaftskrisis nicht von Deutschland her ändern, so hat die Kommission doch sehr eingehende und gründliche Vorschläge wenigstens für die Beseitigung der schlimmsten Schäden, gewissermaßen Vorschläge für die Ueberbrückung einer Notzeit, gemacht. Daß solche Vorschläge schleunigst durchgeführt werden müssen, ergibt sich allein daraus, daß, wie in dem Bericht der Kommission festgestellt wird, an der Arbeitslosigkeit rund zehn Millionen Menschen von der 63 Millionen betragenden deutschen Bevölkerung leiden, daß von den 20 Millionen deutscher Arbeitnehmer (ohne Beamte) ein Viertel arbeitslos ist. Die Vorschläge der Kommission sehen eine Verkürzung der Arbeitszeit vor, um neue Arbeitsplätze für einen Teil der Arbeitslosen zu beschaffen. Welche Wirkung eine Verkürzung der Arbeitszeit haben würde, läßt sich überaus schwer abschätzen. In dem Bericht der Kommission werden zwei solcher Schätzungen angeführt. Das Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 44 Stunden für dreiviertel Millionen Arbeiter, eine Herabsetzung auf 40 Stunden für 1½ Millionen Arbeiter Arbeitsplätze beschaffen würde. Die Schätzungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung sind wesentlich vorsichtiger. Sie rechnen bei einer Verkürzung auf 40 Wochenstunden mit Arbeitsplätzen für höchstens etwa 580 bis 600 000 Arbeiter. Auch dabei sind Einschränkungen zu machen, weil in einzelnen Industrien, wie z. B. im Bergbau, die Verkürzung der Arbeitszeit keine Gelegenheit zur Neueinstellung von Arbeitern schaffen würde, denn im Bergbau wird ohnehin schon mit Feierschichten gearbeitet. Immerhin könnte man bei einer gleichmäßigen Einschränkung der Arbeitszeit, wie es scheint, doch mit neuen Arbeitsplätzen für etwa eine halbe Million Arbeiter rechnen. Man wird nun allerdings abwarten müssen, welche Auffassung in Unternehmerkreisen herrscht, ganz abgesehen davon, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verminderung der Löhne führen würde, denn einen Lohnausgleich auf Kosten der Industrie hält die Sachverständigenkommission für unmöglich.

Noch komplizierter ist das Problem, die Arbeitslosigkeit durch Beseitigung des Doppelverdienens zu bekämpfen. Das Gutachten der Kommission gibt eingehende statistische Unterlagen zur Beurteilung des Doppelverdienens. Unter den 35,8 Millionen Berufstätiger in Deutschland haben rund 3,7 Millionen Nebenberufe. Hinzu kommen die Empfänger von Versorgungsgebührnissen, die Nebenverdienst haben. Ihre Zahl ist auf rund 4½ Millionen zu veranschlagen. Hinzu kommen weiter rund 390 000 Arbeitnehmer, die über 65 Jahre alt sind. und hinzu kommen schließlich 3,6 Millionen verheirateter Frauen, die berufstätig sind. Man kann diese Zahlen freilich nicht einfach addieren, denn häufig überschneiden sie sich. Immerhin ergibt sich, daß eine sehr große Zahl von Personen unter den Begriff der Doppelverdiener fällt. Nun wird allerdings in dem Gutachten festgestellt, daß es Fälle von kurzfristigen Arbeiten gibt, für die volle Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen müssen, daß vielfach eine Arbeitskraft durch ihre besondere Eignung nicht ohne weiteres durch eine andere Kraft ersetzt werden kann, daß es auch fraglich ist, ob man das Recht auf Arbeit einschränken darf. Aber auch hier zeigen die Erhebungen der Kommission, daß unter Berücksichtigung aller Umstände doch eine ganz erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen, nämlich rund 280 000 frei gemacht werden könnten, wenn das Doppelverdienen eingeschränkt wird. Der Hauptanteil an diesen frei zu machenden Arbeitsplätzen entfällt auf Empfänger von Versorgungsgebührnissen und alte Leute, durch deren Erfassung man glaubt, 225 000 Arbeitsplätze gewinnen zu können.

Die Kommission ist selbst, wie sich aus ihren Vorschlägen ergibt, durchaus im Zweifel darüber, ob man einen so umfangreichen Kontrollapparat aufziehen kann, daß das Doppelverdienen wirklich mit Erfolg eingeschränkt werden würde. Sie beachtet sehr gewissenhaft die grundsätzlichen Bedenken, die einem Eingreifen in das Recht auf Arbeit entgegenstehen, und darin liegt der Grund, daß sie Eingriffe auf gesetzlichem Wege vermeiden will. Statt dessen soll auf dem Wege gütlicher Vereinbarung mit der Privatwirtschaft versucht werden, zu einer Lösung des Problems zu kommen. Es handelt sich bei der Gutachterkommission um Vorschläge, denen gegenüber das Reichskabinett vollständig freie Hand hat. Wenn am 20. April der Reichskanzler aus seinem Urlaub zurückkehrt,. wird die Frage, wie man zu den Vorschlägen der Kommission Stellung nehmen will, dringend werden. Man muß damit rechnen, daß die ganze Frage möglichst bald, vielleicht auf dem Weg einer Notverordnung, geklärt werden wird. Allerdings ist es zweifelhaft, ob man dieses von der Kommission behandelte Teilproblem getrennt erledigen, oder ob man abwarten will, bis die Gutachten der Kommission zur Frage einer Reform der Arbeitslosenversicherung vorliegen, da schließlich beide Fragen in enger Verbindung miteinander stehen.

Schleppende Verhandlungen.

Die deutsch-russischen Besprechungen wieder verschoben.

Berlin, 11. April.

Die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsverhandlungen, die von sowjetrussischer Seite von dem früheren Staatsbankpräsidenten Pjatakow geführt werden, sind erneut verschoben worden. Der Zeitpunkt des Beginns der Verhandlungen steht noch nicht fest.

Die beiderseitigen Vertreter kamen in der Berliner Sowjethandelsvertretung nur kurz zusammen, um festzustellen, daß eine Vertagung der Verhandlungen auf kurze Zeit bis zur weiteren Klärung einer Reihe von Punkten erwünscht sei. Wie man weiter hört, sind die Vollmachten, die der frühere sowjetrussische Staatsbankkommissar Pjatakow für die Verhandlungen hat, insofern begrenzt, als er nur für die Verhandlungen über die Verteilung der deutschen Bestellungen unter Inanspruchnahme der deutschen Regierungsgarantie zuständig ist, nicht dagegen für die bereits in Moskau vorgebrachten Beschwerden der deutschen Industrie über die praktische und technische Abwicklung des Rußlandgeschäfts selbst. Von russischer Seite vertritt man die Auffassung, daß für diese Beschwerden allein der deutsch-russische Schiedsgerichtsausschuß zuständig sei, der in den nächsten Tagen in Moskau zusammentreten soll.

Doumergues politisches Testament:

Eine Absage an den Frieden.

Paris, 11. April.

Die ganz unerwartete politische Rede des sonst zurückhaltenden Präsidenten der Republik findet hier um so stärkere Beachtung, als man darin tatsächlich eine Art „Vermächtnis an die Nation" erblickt.

In politischen Kreisen wird hinzugefügt, daß diese Kundgebung von höchster Stelle zweifellos nicht spontan erfolgte, sondern das Ergebnis eingehender Besprechungen im Schoße der Regierung gewesen sei.

In diesem Lichte gewinnen die Aeußerungen Doumergues zur Abrüstungsfrage höchste Bedeutung. In die nüchterne Sprache des Alltags übersetzt, bedeuten seine Ausführungen über die Rolle der Militärmacht Frankreichs ein unumwundenes Bekenntnis zur bisherigen französischen Sicherheitspolitik und gegen die Abrüstung.

Das Echo der Doumergue-Rede.

Die große Rede des Staatspräsidenten Doumergue in Nizza hat in der französischen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Man unterstreicht allgemein die Bedeutung der Ausführungen Doumergues sowohl in innen- wie in außenpolitischer Hinsicht.

Das „Echo de Paris"

betont, daß es sich bei den Ausführungen des Staatspräsidenten nicht um eine gewöhnliche Rede, sondern um ein Manifest und eine Erteilung der letzten Ratschläge an das französische Volk handele. Pertinax unterstreicht dabei, daß die Worte Doumergues entweder als eine Verurteilung des Völkerbundes und als eine Ablehnung jeder Abrüstung, wie man sie ins Auge gefaßt habe, aufzufassen sei, oder aber seine Worte seien absolut bedeutungslos.

Das „Journal"

hebt hervor, daß die Ausführungen Doumergues nicht nur für Frankreich, sondern auch für andere Staaten außerhalb der französischen Grenzen bestimmt seien.

Der „Figaro"

begrüßt es, daß Frankreich heute noch über solche Patrioten verfüge, und spricht die Hoffnung aus, daß Briand sich die Worte zu Herzen nehme und in Zukunft danach handle.

Frankreichs Gegenplan.

Lavals Eingreifen in die Außenpolitik.

Paris, 11. April.

Zu der angeblich hochpolitischen Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Laval und Briand am Quai d'Orsay verlautet in gutunterrichteten Kreisen ergänzend, daß Laval tatsächlich die Absicht habe, nach Verabschiedung des Haushalts aktiv in die Außenpolitik einzugreifen. Für die geschmeidige und vorsichtige Art Lavals ist es allerdings bezeichnend, daß er Briand nicht dienstlich zu einer Besprechung im Ministerpräsidium eingeladen, sondern ihm einen freundschaftlichen Besuch im Außenministerium abgestattet hat. Dieser Besprechung sollen in nächsten Zeit noch mehrere andere folgen, wobei die Haltung Frankreichs in Genf gegenüber dem deutsch-österreichischen Zollabkommen den Kernpunkt bildet.

Wie zuverlässig verlautet, soll man an maßgebenden Stellen bereits damit begonnen haben, auf der Grundlage des Präferenzsystems, d. h. also der Vorzugszölle, einen wirtschaftlichen Plan auszuarbeiten, der auf der nächsten Ratssitzung gegen das deutsch-österreichische Abkommen ausgespielt werden dürfte. Man denkt dabei augenscheinlich an die Schaffung einer wirtschaftlichen Donauföderation bzw. eines mittel- und osteuropäischen Blocks unter Ausschluß Deutschlands. Ob der französische Entwurf noch vor der Genfer Taguna veröffentlicht wird, muß stark bezweifelt werden.

Man habe erkannt, daß die Zerschlagung der Donaumonarchie vom französischen Standpunkt ein Fehler gewesen sei, und wolle jetzt alle Mittel versuchen, ein ähnliches politisch-wirtschaftliches Gebilde gegen Deutschland zu schaffen. Briand werde zweifellos alle Anstrengungen machen, um sein Ansehen zu retten, wozu nach Lage der Dinge die Anbahnung einer Verständigung mit England gehöre. Durch französische Zugeständnisse lasse sich vielleicht eine wohlwollende Neutralität Englands in Genf herbeiführen. In jedem Falle müßt man der von der französischen Regierung geplanten Aktion in politischen Kreisen größte Bedeutung bei und läßt sogar durchblicken, daß das Schicksal Osteuropas auf der Maitagung in gewissem Sinne entschieden werden müsse.

Englisch-französische Verhandlungen.

Lord Tyrrells Mission.

London, 12. April.

Es verdient besondere Aufmerksamkeit, daß der englische Botschafter in Paris nach einer Aussprache mit Briand nach London gefahren ist. Diese Reise wird formell damit begründet, daß Lord Tyrrell die Wiederaufnahme der Arbeiten des Redaktionskomitees für das Flottenabkommen vorbereiten solle, aber man darf wohl annehmen, daß sie aus aktuelleren Gründen und zu ernsteren Zwecken erfolgt.

Diese Annahme wird auch durch die Ankündigung bestätigt, daß zum Wochenende ein höherer Beamter des englischen Außenministeriums nach Paris kommen werde mit der Aufgabe, Briand über die Bedeutung der englischen Einladung an die Reichsregierung aufzuklären.

Wenn man auch in Berliner politischen Kreisen dieser gesteigerten Lebhaftigkeit des Meinungsaustausches zwischen London und Paris besondere Beachtung zuwenden muß, so darf man das doch ohne besondere Beunruhigung tun. Die Stellung der englischen Regierung zu den akuten Problemen, die Deutschland angehen, ist so weit geklärt und festgelegt, daß man eine Verwirrung und eine entscheidende Beeinflussung von Paris her nicht zu befürchten braucht, und man könnte sogar eher der Meinung zuneigen, daß der Vorstoß, den der französische Staatspräsident Doumergue aus innerpolitischen Gründen für zweckmäßig gehalten hat, ohne seine außenpolitische Wirkung hinreichend zu überlegen, auch in London zur Vorsicht gegenüber der französischen Aufgeregtheit mahnen könnte, soweit das nötig ist. Präsident Doumergue hat im eigenen Lande keine gute Presse, und die Kritik an seinen Ausfällen gegen Deutschland beschränkt sich keineswegs auf die Organe der Linken, sondern wird auch in Blättern, deren nationale und beinahe nationalistische Färbung bekannt ist, mit großer Offenheit geübt.

Ablenkungsmanöver, wie das wahrscheinlich aus französischer Quelle stammende Gerücht von einer angeblich bevorstehenden Abberufung des deutschen Botschafters in London, sind ebenfalls keine Kennzeichen besonders starker Selbstsicherheit, und es ist allen diesen Vorgängen gegenüber um so nötiger, daß man in Berlin ruhige Nerven behält.

Für die Befriedung Europas.

Eine Kundgebung der ungarischen Revisionsliga.

Dresden, 12. April.

Die ungarische Revisionsliga soll jetzt auch nach Deutschland verpflanzt werden, um gemeinsam gegen die Friedensverträge von Versailles, Saint Germain und Trianon anzukämpfen. Der Sitz der ungarischen Revisionsliga in Deutschland ist Dresden. Die Liga veranstaltete eine öffentliche Kundgebung, in der Rudolf Reidl, Propagandaleiter der Liga, über die Ziele der neuen Organisation sprach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310414-17/fragment/page=0001

Staatsminister a. D. Dr. von Fumetti bezeichnete die Verträge von Saint Germain und Trianon als den Versuch Frankreichs, eine absolute Hegemonie in Europa zu stabilisieren. Wie sich Frankreich die Befriedung Europas denke, gehe klar hervor aus seiner Stellungnahme zur deutsch-österreichischen Zollunion. Notwendig sei, immer wieder an das Weltgewissen zu appellieren. Eine starke Volksbewegung wie die Revisionsliga könne ein Machtfaktor in der Hand der Diplomaten sein. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Friedensverträge von Trianon, Versailles und Saint Germain sind eine ständige Gefahr für die Ruhe Europas. Die Liga wird diese Verträge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen; sie appelliert an das schlummernde Gewissen der Kulturvölker. Insbesondere wird das Deutschtum des In- und Auslandes aufgerufen, sich geschlossen hinter den Revisionswillen Deutschlands, Ungarns und Oesterreichs zu stellen. Die noch immer verblendeten Sieger sollen durch das erwachte Weltgewissen gezwungen werden, am Verhandlungstisch zu erscheinen.

Die Liga ersucht die Regierungen Deutschlands, Ungarns und Oesterreichs, auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzungen die Revision der Friedensverträge energisch zu fordern. Ebenso soll die Regierung die Einhaltung der 1919 geschlossenen sogenannten Minderheiten-Verträge mit Nachdruck verlangen. Diese Verträge sind von den Nachfolgestaaten so oft verletzt worden, daß die Kontrolle nunmehr vom Völkerbund zu fordern ist. Die Liga beschließt, ihren Wirkungskreis nunmehr über ganz Deutschland bis in das letzte Dorf hinein auszudehnen.

44-Stunden-Woche in Lübeck.

Auf elf Arbeiter eine Neueinstellung.

Lübeck, 12. April.

Im Freistaat Lübeck hat der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Wagenverkehrs eine Vereinbarung erzielt, nach der die Arbeitszeit auf 44 Stunden verkürzt wird. Die Stundenlöhne bleiben die gleichen. Auf elf Arbeiter wird ein Arbeiter neueingestellt.

Bei Betrieben mit weniger als elf Arbeitern wird die ausfallende Lohnsumme einem Fonds überwiesen, aus dem alle Betriebe zum Zwecke der weiteren Einstellung von Arbeitslosen unterstützt werden.

Polnischer Schwindel aufgedeckt.

Der Ueberfall auf den Matrosen vorgetäuscht.

Danzig, 12. April.

Die polnische Telegraphen-Agentur veröffentlichte vor einigen Tagen in großer Aufmachung eine Meldung, nach der ein polnischer Matrose von zwei Danziger Nationalsozialisten überfallen worden sein sollte, die ihm ein Hakenkreuz in die Brust ritzten. Die von Danziger Seite angestellten Untersuchungen haben nun ergeben, wie von vornherein vermutet wurde, daß es sich nicht um einen Ueberfall, sondern um eine Mystifikation handelt, und daß der polnische Matrose sich sowohl das Hakenkreuz selbst in die Brust geritzt wie auch in die polnische Fahne eingeschnitten hat. Diese Fahne hat er sich zu diesem Zweck in Gdingen vor einigen Tagen selbst gekauft.

Der polnische Matrose namens Wladislaw Jurczyk wird sich nun wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor dem Danziger Schöffengericht im Schnellverfahren zu verantworten haben. Man hofft, dabei auch die Hintermänner, die Jurczyk zu dieser Mystifikation angestiftet haben, zu entlarven.

China droht.

Um das Recht der Exterritorialität.

London, 12. April.

In einer scharfen Erklärung in der chinesischen Presse betont Außenminister Wang, daß der bisherige Verlauf der Verhandlungen über die Abschaffung der Exterritorialität die Geduld des chinesischen Volkes sehr stark beansprucht habe.

Die Schwierigkeiten hätten sich aus der Weigerung Englands, Amerikas und Frankreichs ergeben, einer sofortigen Abschaffung zuzustimmen. Sollte nicht in absehbarer Zeit eine Lösung in Sicht sein, so werde er erklären, daß die Verhandlungen als abgebrochen zu betrachten seien und daß China dann gezwungen sei, von anderen Mitteln Gebrauch zu machen, um sein Ziel zu erreichen.

Eine Washingtoner Erklärung.

Zum Besuch des Gouverneurs der Bank von England.

New York, 11. April.

Die in London verbreiteten Gerüchte, wonach der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, in seinen Besprechungen mit Hoover, Mellon und Stimson für eine nachgiebigere Haltung der Vereinigten Staaten in der Kriegsschuldenfrage eingetreten sei, werden von zuständigen Washingtoner Stellen für völlig unbegründet erklärt.

Es wird hinzugefügt, daß Norman die revisionsfeindliche Haltung der Regierung und des Kongresses allzu gut kenne, als daß er sich von einer solchen Anregung einen Erfolg verspreche. Gegenstand der Washingtoner Besprechungen Normans seien finanz- und wirtschaftspolitische Fragen, wie die Goldverteilung, die allgemeine Geschäftslage und die Silberfrage gewesen.

Auslands-Rundschau.

Doumergue in Tunis.

Die Begleitflottille des französischen Staatspräsidenten ist in den Hafen von Bizerta eingelaufen. Der Generalresident von Tunis und der Marinechef begaben sich sofort an Bord, um Doumergue zu begrüßen. Der Präsident der Republik bestieg mit seinem Gefolge den Zug, um sich nach Tunis zu begeben. Die in Bizerta selbst vorgesehenen Feierlichkeiten sollen erst bei Rückkehr des Staatspräsidenten am 16. April stattfinden.

Der Prinz von Wales kehrt aus Südamerika zurück.

Der Prinz von Wales hat mit seinem Bruder Prinz Georg seine Südamerikafahrt beendet und hat sich am Sonntag in Rio de Janeiro auf dem Dampfer „Arlanza" nach Lissabon eingeschifft, von wo er zu einem kurzen Besuch des spanischen Königspaares nach Madrid fliegen wird. Anschließend begibt sich der Prinz über Paris nach London, wo schon jetzt zum Empfang ganz besondere Vorbereitungen getroffen werden, um ihm für seine erfolgreiche Propaganda für den britischen Ueberseehandel in Südamerika zu danken.

Die japanische Antwortnote an Rußland.

Das Außenkommissariat der Sowjetunion veröffentlicht den Inhalt der Antwortnote auf die russische Note vom 22. März wegen des Anschlages auf den russischen Handelsvertreter in Tokio, Imitejem. Die japanische Regierung spricht darin ihr Bedauern aus und erklärt, daß es sich nicht um einen politischen Anschlag gehandelt habe. Die ganze Angelegenheit werde jetzt durch die Gerichte in Tokio strengstens untersucht. Zum Schluß wird die Hoffnung ausgedrückt, daß der Fall damit völlig erledigt sei.

Zur Lage in Portugal.

Nach den letzten Meldungen aus Portugal ließ die Regierung den Flugplatz Amadora besetzen. Die aufständischen Fliegeroffiziere waren jedoch in ihren Flugzeugen trotz einer Notlandung bereits über die spanische Grenz entkommen. Politische Verbindungen zwischen den Aufständischen in Madeira und dem früheren Präsidenten Machado sollen nachgewiesen worden sein.

Amanullah pilgert nach Mekka.

Der ehemalige König Amanullah von Afghanistan ist in Port Said eingetroffen und in einem Sonderzug nach Suez weitergereist, von wo er sich am Montag nach Dschiddah zu einer Wallfahrt nach Mekka begeben wird. Amanullah hat erklärt, daß er nicht die Absicht habe, seinen Thron zurückzugewinnen; der einzige Zweck seiner Reise sei die Wallfahrt nach Mekka.

Bundesorgan des Stahlhelm verboten

Für die Dauer von drei Monaten.

Berlin, 11. April.

Wegen eines Artikels des Bundeskanzlers des Stahlhelm „Außenpolitik und Preußen-Volksbegehren" in der Osternummer des „Stahlhelm" vom 5. April hat der Berliner Polizeipräsident das Bundesorgan des Stahlhelm auf Grund der Notverordnung für drei Monate verboten.

In der Begründung des Verbots, das sich auf die Beanstandung einer Reihe von Stellen in dem Osterartikel des Bundeskanzlers Major a. D. Wagner stützt, heißt es am Schluß:

Die Ausführungen stellen in ihrem Inhalt und in ihrer Form eine besonders verletzende rohe Aeußerung der Mißachtung dar. Der beschimpfende Inhalt ist darin zu erblicken, daß der preußischen Regierung eine äußerst schimpfliche Handlungsweise vorgeworfen wird. Es wird von ihr behauptet, sie sei völlig ungeeignet zur Abwehr der polnischen Gefahr, sie habe die Sabotage des Ruhrkampfes auf dem Gewissen. Sie werde stets ein Verbündeter Frankreichs und damit Polens sein und werde stets suchen, aus ihrem Haß gegen jede stolze Regung der Nation heraus Volk und Reich zu entmachten.

Der preußischen Staatsregierung wird weiter vorgeworfen, daß sie außenpolitisch die Reichsregierung bremse und anstatt abstützend aufweichend auf sie wirke, und daß dadurch das Ausland bei seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung in Genf hoffen könne, die preußische Regierung werde dem Reich in den Rücken fallen. Es ist weiter die Rede von dem Haß der preußischen Staatsregierung gegen das Preußentum, von dem Bestreben der preußischen Regierung, dem Willen des feindlichen Auslandes, sich in die deutschen und deutsch-österreichischen Angelegenheiten einzumischen, eher Vorschub zu leisten als sich ihm zu widersetzen. Die oben angeführten Gesetzesbestimmungen sind somit erfüllt. Für die Dauer des Verbots war die Tatsache maßgebend, daß der Artikel nicht etwa nur eine einzelne beschimpfende Aeußerung enthält, die als einmalige gelegentliche Entgleisung aufgefaßt werden könnte, sondern eine Kette planmäßiger gehässiger und in politischer Hinsicht denkbar schwerwiegendster Vorwürfe, erhoben gegen die Regierung eines deutschen Freistaates.

Die Beschlagnahme des „Stahlhelm" gerichtlich bestätigt.

Auf Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 10. April ist die durch den Polizeipräsidenten Berlin ausgesprochene Beschlagnahme der Nr. 13 der Zeitschrift „Der Stahlhelm" vom 5. April bestätigt worden. Die Beschlagnahme erfolgt auf Grund des § 5 Ziffer 1 des Republikschutzgesetzes und des § 185 des Strafgesetzbuches wegen des Artikels „Außenpolitik und Preußen-Volksbegehren" von dem Bundeskanzler Major a. D. Wagner. Dieser Artikel enthält dem Inhalt und der Form nach böswillige Verächtlichmachungen der preußischen Staatsregierung.

Das Stahlhelm-Volksbegehren.

Bisherige Teilergebnisse.

Berlin. Am dritten Tage der Eintragungsfrist zum Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages haben sich in Groß-Berlin insgesamt 17 972 Personen eingetragen. Die Gesamtzahl der Eintragungen an den ersten drei Tagen beläuft sich jetzt auf 56 662.

Köln. In Köln haben sich an den beiden ersten Tagen zusammen 1682 Personen für das Volksbegehren eingetragen. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt rund 542 000.

Stettin. Die Einzeichnungen zum Volksbegehren erreichten in Stettin am Abend des dritten Einzeichnungstages die Höhe von 4825.

Frankfurt (Oder). An den beiden ersten Tagen haben sich im ganzen 1299 Personen für das Volksbegehren eingetragen.

Frankfurt (Main). Die Zahl der Eintragungen zum Volksbegehren in Frankfurt (Main) betrug am zweiten Tage 1430 gegen 1282 am ersten Tage.

Dortmund. In Groß-Dortmund haben sich an den ersten beiden Tagen von 370 000 Stimmberechtigten 2100 Personen oder 0,56 v. H. für das Volksbegehren eingetragen. Die Zahl der Eintragungen in **Hagen** betrug an den ersten beiden Tagen von 101 000 Stimmberechtigten 1584 das sind 1,56 v. H.

Essen. Bis einschließlich Freitag haben sich in die Listen zum Volksbegehren eingeschrieben in Essen 3357, in **Oberhausen** 2116, in **Mülheim (Ruhr)** 2340 und in **Duisburg** 4988 Stimmberechtigte. In **Düsseldorf** haben sich in den beiden ersten Tagen 2800 Personen eingetragen.

Münster. In die Listen für das Volksbegehren haben sich in der Stadt Münster zusammen 734 Personen eingetragen. Die Zahl der Eintragungsberechtigten in Münster beträgt rund 75 000.

Wuppertal. Zum Volksbegehren für Auflösung des Preußischen Landtages haben sich in Wuppertal in den ersten beiden Tagen 2469 Personen eingetragen. Zum Volksbegehren „Freiheitsgesetz" trugen sich in der gleichen Zeit 497 Personen in die Listen ein.

Münster/W. In die Listen für das Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages haben sich in den ersten drei Einzeichnungstagen insgesamt 1064 Personen eingetragen.

Halle. Bis zum Freitagabend haben sich in Halle 13 147 Personen für das Volksbegehren eingetragen. In den ersten beiden Tagen haben sich in **Naumburg** 1111 Personen eingezeichnet (20 000 Stimmberechtigte) und in **Eisleben** 1130 (16 000 Stimmberechtigte).

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Dem Vater im Himmel sei Dank, der mich zur rechten Zeit hier vorüberschickte!" sagte er hastig. „Doch nun kommen Sie; wir wollen diesen unheimlichen Ort verlassen."

Sie fuhr fröstelnd zusammen und fürsorglich legte Pastor Krufius ihr Tuch, das herabgeglitten war, fester um ihre Schultern. Kurz vor dem Ausgange des Waldes blieb sie stehen. „Hat Ihnen vorhin nur das Mitleid die Worte, die Sie sprachen, eingegeben, Herr Pastor, oder — ?"

Pastor Krufius schüttelte den Kopf. „Nein, nicht das Mitleid, Maria, sondern meine innige Liebe zu dir, die mich erfüllt von dem Tage an, da ich dich zuerst gesehen habe. Doch nicht davon wollen wir jetzt sprechen."

„Doch," sagte sie hastig. „davon müssen wir sprechen. Ich liebe Sie nicht, Herr Pastor; ich weiß auch nicht, ob ich es lernen werde; aber ich will Ihnen eine treue Frau und Ihrem Kinde eine gute Mutter sein. Wenn Sie sich damit begnügen wollen, dann nehme ich die Heimat dankbar an, die Sie mir bieten."

„Versprechen Sie da nicht in der Uebereilung etwas, dessen Erfüllung Ihnen später schwer werden könnte?" fragte er besorgt.

„Nein," erwiderte sie fest. „Ich werde morgen und alle Tage so denken."

„Dann gebe uns Gott seinen Segen!" sagte er bewegt und küßte sie innig auf die Stirn.

Als sie in der Villa ankamen, war die Dunkelheit bereits hereingebrochen. Man hatte das junge Mädchen voller Besorgnis überall gesucht. Der Landrat selbst kam ihnen im Garten entgegen. Bei dem hellen Mondlichte sah man, daß er bleich war und erleichtert aufatmete, als er Maria am Arm des Pastors gewahrte.

Sie gingen zusammen ins Haus zurück, wo Frau Ilse angstvoll harrte. Nach der Erklärung des Pastors, daß er sich mit Maria verlobt habe, herrschte ein sekundenlanges Schweigen; dann fiel Ilse der Freundin jubelnd um den Hals. Die beiden Männer maßen sich mit einem feindseligen Blick, ehe Werner in kühlformeller Weise seinen Glückwunsch aussprach.

„Aber Hochzeit wird erst gefeiert, wenn wir aus Italien zurückkommen, Herr Pastor," lachte Frau Ilse.

Maria sah ihren Verlobten mit einem flehenden Blicke an, den er sogleich richtig deutete. „Oh nein, gnädige Frau," sagte er lächelnd, aber bestimmt, „jetzt lasse ich mein Glück nicht mehr aus den Händen. Unsere Hochzeit findet statt, sobald die gesetzlichen Formalitäten erfüllt sind. Wenn Sie meiner Braut noch so lange Ihre Gastfreundschaft angedeihen lassen wollen, bin ich Ihnen sehr dankbar."

Ilse schmollte; doch tröstete sie sich zuletzt mit dem Gedanken, daß sie die Freundin ja hier bei ihrer Rückkehr wieder vorfinden würde. Sobald sie mit der jungen Braut allein war, wollte sie alle Einzelheiten der Verlobung wissen. „Daß du ihm gefielst, das habe ich ja schon lange gemerkt. Aber es schien mir immer, als wenn er dir ganz gleichgültig wäre. Wo habt ihr euch denn heute nur getroffen?"

„Frage mich nicht," bat Maria gequält. Sie sah so bleich und verängstigt aus, daß es sogar Frau Ilse auffiel und sie ihre neugierigen Fragen einstellte. Nach einer langen Pause sagte sie halblaut: „Wie glücklich mußt du sein, daß du nun Mutterstelle an dem kleinen Hans vertreten darfst. Er ist doch ein süßes, kleines Kerlchen."

Ueberrascht sah Maria zu der jungen Frau hinüber. „Hättest du gern ein Kind gehabt, Ilse?"

„Oh, wie gerne!" erwiderte diese und ein verklärtes Lächeln überflog ihr zartes Gesichtchen. „Aber ich habe ja gar nicht einmal das Recht dazu, Kinder zu haben," fügte sie traurig hinzu. „Ihr mütterliches Erbteil würde nur in Kranheit und Leiden bestehen; es ist schon besser so."

Maria ergriff mechanisch die Hand der Freundin und streichelte sie. War nicht Ilses Geschick ebenso traurig, ja noch härter, als das ihre? So mitten aus dem vollen Leben heraus dem offenen Grabe zu wandeln und zu wissen: es gibt keine Rettung, keine Hilfe mehr. Dem jungen Mädchen schauderte es und fast mit einem leisen Grauen sah es auf Ilse nieder, die zusammengesunken auf einem niedrigen Sessel kauerte und ins Leere starrte. Wie eine Heldin erschien die junge Frau ihr plötzlich; sie, die so ohne Murren und Klagen ihr schweres Los trug und dabei nicht vergaß, die Blüten des Lebens zu pflücken, wo sie sich ihr noch boten. Nein! Sie selbst hatte eigentlich keine Ursache, mit ihrem Schicksal zu hadern, das sie in einen treuen, sicheren Hafen geleitete, wo sie im Vollbesitz ihrer Gesundheit und Kräfte ihren Pflichten leben konnte. Das blonde Köpfchen des kleinen Hans tauchte vor ihr auf und schien sie mit seinen blauen Kinderaugen bittend anzusehen. Eine große, reine Freude überkam sie; Ilse hatte recht, sie war zu beneiden. Alles Finstere, Unklare, in ihr war plötzlich ausgelöscht und eine tiefe, traumhafte Ruhe hatte von ihr Besitz ergriffen. Ihr Herz war von Dankbarkeit erfüllt gegen ihren Verlobten, der sie in der dunkelsten Stunde ihres Lebens an sein Herz genommen und sie aus der tiefen Nacht der Verzweiflung errettet hatte. Er hatte ihr den Glauben an sich wiedergegeben, indem er ihr bedingungslos vertraute, ohne zu fragen, was sie zu dem unseligen Schritte getrieben hatte. Oh, wie wollte sie ihm seine Güte vergelten! Ihr ganzes Leben sollte ihm gehören; ihm und seinem Kinde, dem sie in Wahrheit eine Mutter werden wollte.

Sie küßte die junge Frau zum Gutenachtgruße zärtlicher als sonst und begab sich zur Ruhe, das Herz erfüllt von guten Vorsätzen.

(Fortsetzung folgt.)

—::—

Sinnsprüche.

Denn nur, was aus des Herzens Tiefe quoll,
Ist würdig eines unbegrenzten Strebens,
Ist wert der Mühe eines ganzen Lebens.

*

Hast du deine Pflicht getan,
Dann sei alles Aechzen, Krächzen
Auch für heute abgetan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310414-17/fragment/page=0002

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 13. April 1931

* **Stahlhelm-Volksbegehren.** Bis heute mittag hatten sich 142 Wahlberechtigte für das Volksbegehren eingezeichnet.

* **Geschäftsstenographen-Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer zu Halle.** Am Sonntag, den 22. März 1931, fand die 22. Stenographen-Prüfung der Industrie- und Handelskammer zu Halle statt. Die Teilnahme an der Prüfung war auch diesmal wieder sehr stark; es haben 77 Bewerber teilgenommen. Davon entfielen auf Gabelsberger 1 Bewerber, Reichskurzschrift 47 Bewerber, Stolze-Schrey 29 Bewerber. Von den 77 Bewerbern haben 55 die Prüfung bestanden, und zwar im System Gabelsberger 1 Bewerber bei 180 Silben, in der Reichskurzschrift 26 Bewerber bei 150 Silben, 2 Bewerber bei 180 Silben, 3 Bewerber bei 200 Silben, 3 Bewerber bei 220 Silben, im System Stolze-Schrey 14 Bewerber bei 150 Silben, 3 Bewerber bei 200 Silben, 1 Bewerber bei 220 Silben, 2 Bewerber bei 240 Silben.

* **Sport.** Am gestrigen Sonntag fand in Neuhaldensleben der Frühjahrswaldlauf des Kreises IIIc statt. Vom hiesigen M.-T.-V. startete der bekannte Läufer Gerhard Schröder, der unter starker Konkurrenz in der Meisterklasse den 4. Sieg errang.

* **Entziehung des Führerscheins.** Nach einem neuen Erlaß des Preußischen Handelsministers und des Innenministers sind die Polizeiverwaltungen angewiesen worden, jedem Kraftfahrer, der durch Genuß alkoholischer Getränke in seiner Fahrsicherheit beeinträchtigt ist und einen Unfall herbeiführt, unnachsichtlich den Führerschein zu entziehen. Auf wirtschaftliche Notstände, die sich evtl. durch eine solche Entziehung ergeben, soll in keinem Falle mehr Rücksicht genommen werden.

Melzwig. Ein Kalb mit sechs Beinen warf in unserem Orte die Kuh des Arbeiters Wilhelm Oberländer. Das Tier, das vorne und hinten je drei Beine hat, ist wohl und munter, im Gegensatz zu vielen anderen Kuriositäten, die meistens gleich nach der Geburt eingingen.

Zschornewitz, 10. April. (Wieder Vollarbeit) Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Elektrowerke haben sich insofern gebessert, als jetzt wieder voll gearbeitet wird. Bekanntlich fiel seit längerer Zeit eine Schicht in der Woche aus. Auch eine Anzahl Frauen, die meist mit dem Bepflanzen der Kippen beschäftigt werden, soll vorübergehend wieder eingestellt werden. Es steht allerdings noch in Zweifel, ob die volle Beschäftigung dauernd durchgeführt werden kann.

Wörlitz. „Mir" und „mich" ist schwer zu unterscheiden, daß aber auch viele Leute „mein" und „dein" nicht unterscheiden lernen, stellte sich kürzlich morgens mit überraschender Deutlichkeit an der Amtsfähre heraus, von der das lange Betriebsfeil über Nacht spurlos verschwunden war, so daß der Parkverwaltung nichts anderes übrig blieb, als ein neues Seil anbringen zu lassen.

Jessen, 9. April. Ungewöhnliche Frechheit legte am Mittwoch hier ein Bettler an den Tag. Schon stark angetrunken, kam er in den Abendstunden in ein Wirtshaus, dessen Besitzer nicht zu Hause war, und bettelte. Als ihm mit Rücksicht auf seinen Zustand verweigert wurde, ging er auf die Tochter des Wirtes mit einem Messer los. Ein Gast der dazwischen sprang, wurde von ihm durch einen Stich am Handgelenk verletzt. Ein anderer Gast erhielt nicht weniger als drei Stiche am Halse. Die Gäste taten das einzig Richtige; sie brachten dem unverschämten Patron in handgreiflicher Art und Weise bei wie er sich zu benehmen hat und beförderten ihn vor die Tür. Dort stellte er sich zunächst tot, um aber schnell wieder lebendig zu werden, als die Polizei erschien um den Tatbestand festzustellen. Der Rohling wurde festgenommen.

Nationalsozialistisches Uniformtragen in der Provinz Sachsen verboten.

Halle. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat au, Grund der Notverordnung das Tragen der Parteiuniform und Bundeskleidung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Unter-, Hilfs-, Nebenorganisationen verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Dr. Rive Kandidat für den Berliner Oberbürgermeisterposten?

Halle. Meldungen aus Berlin zufolge sollen die Deutschnationalen beschlossen haben, zu der Berliner Oberbürgermeisterwahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und zwar soll neben anderen Personen auch der hallische Oberbürgermeister Dr. Dr. Rive für diesen Posten in Aussicht genommen sein. Es soll sich aber bei der Kandidatur des Oberbürgermeisters Dr. Rive mehr um einen Wunsch der Deutschnationalen handeln; man glaube nicht, daß dieser Kandidatur eine ernsthafte Abmachung zugrunde gelegen hat.

Die Ausdehnung des Bauarbeiterstreiks.

Halle. Während noch vor kurzem nur einzelne Gebiete vom Bauarbeiterstreik erfaßt waren, hat sich dieser jetzt auf eine Reihe von Städten ausgedehnt, und zwar wird, wie der Arbeitgeberverband des Baugewerbes mitteilt, in Delitzsch, Eilenburg, Bitterfeld, Zerbst, Neuhaldensleben, Calbe a. S., Halberstadt, Naumburg und Weißenfels völlig gestreikt, während in Halle und einigen anderen Orten nur einzelne Betriebe bestreikt werden. Die Lohnverhandlungen, die in Halle stattfanden, sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Ein Millionen-Fehlbetrag im Kreishaushalt. Trotzdem Optimismus.

Merseburg. Der Kreistag des Landkreises Merseburg tritt am 21. April zusammen um sich in der Hauptsache mit der Festlegung des Haushaltsplanes für 1931 zu befassen. Der Haushaltsplan schließt mit einem Fehlbetrag von 1 351 000 Mark ab. Darin ist noch der vom Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 323 762 M. enthalten. Der Kreisausschuß schlägt vor, da eine Erhöhung der Kreisumlage nicht in Frage kommt, die gleichen Sätze wie im Vorjahre zu erheben. d. i. je 60 Prozent zu den Reichssteuerüberweisungen, der Grundvermögens- und der Gewerbesteuer. **Ferner sollen 60 Prozent der umlagefähigen Beträge der Bürgersteuer erhoben werden.** Man hofft, daß durch Anderung der gegenwärtigen Lastenverteilung bei der Arbeitslosenunterstützung in absehbarer Zeit eine vollständige Deckung des Fehlbetrages erfolgen kann.

Münzschatz aus dem 30jährigen Kriege.

Schweinitz. Beim Umpflügen einer Wiese wurde hier ein Tongefäß mit etwa 300 außerordentlich gut erhaltenen Münzen von der Pflugschar ans Tageslicht befördert. Die Münzen zeigen eine sehr schöne Prägung und tragen Jahreszahlen von 1580 bis 1620. Man nimmt an, daß sie während des 30jährigen Krieges vergraben wurden.

Tischleindeckdich für den Biber.

Groß-Rosenburg. Im Krüger-See, dem zweitgrößten See im Kreise Calbe. gibt es schon seit einigen Jahren Biber. Da die Tiere an den Ufern des Sees aber nicht genügend Nahrung finden, nämlich Weich- und Hartholz zum Schälen, hat man jetzt etwa 1 Morgen Land am Ufer mit Weiden bepflanzt. Die Pflanzung wurde vorläufig durch Drahteinfriedigung geschützt, bis sie weit genug ist, um dem seltenen Pelzträger als Äsung zu dienen.

Protest gegen die Leipziger „Notverordnung".

Leipzig. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat gegen den Rat der Stadt wegen der verfügten Kürzung der Sätze in der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge bei der Kreishauptmannschaft Aufsichtsbeschwerde erhoben. Zur Begründung der Beschwerde wird ausgeführt, der Rat sei nicht befugt, von sich aus ohne Mitentschließung der Stadtverordneten andere Unterstützungssätze zu zahlen, als sie im Ortsgesetz vom 16. Dezember 1930 festgesetzt worden sind. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß sich der Stadtrat, der für die Gesetzmäßigkeit der Gemeindeverwaltung die Verantwortung trage, selbst über geltendes Recht hinwegsetze.

Althen bei Leipzig. Der hiesige sozialdemokratische Bürgermeister Louis Gröbe hat nachts in einem Auto den Ort verlassen, vermutlich um ins Ausland zu flüchten. In der Gemeindekasse fehlt eine beträchtliche Summe. Man spricht von 6000 bis 9000 Mark. In hinterlassenen Briefen gibt der Verschwundene an, die Fehlbeträge seien durch falsche Spekulationen eingetreten, die er für die Gemeinde unternommen habe. Kurz vor der Flucht soll er noch den vergeblichen Versuch gemacht haben, ein Darlehen in Höhe von 2000 Mark zu bekommen. Mit der Untersuchung des Falles wurde die Kriminalpolizei beauftragt.

Flucht aus dem Gefängnis.

Klingenthal. Der kommunistische Stadtverordnete Max Rölz aus Falkenstein i. V., der vor kurzem in der Tschechoslowakei verhaftet wurde, ist aus dem Gefängnis in Graßnitz entflohen. Auf der Straße wurde Rölz von einer Anzahl Jungkommunisten erwartet, die sein Entkommen ermöglichten.

Der Bürgermeister — ein Mordanstifter?

Hohenstein-Ernstthal. In der benachbarten Gemeinde Hermsdorf ist der dortige Bürgermeister Werner festgenommen worden und dem Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal zugeführt worden. Werner soll unter dem Verdacht stehen, einen früher bei ihm beschäftigten Wirtschaftsgehilfen angestiftet zu haben, **den in Pleißa wohnhaften Sandgrubenbesitzer Schmidt zu ermorden,** um angeblich in den Besitz einer für Schmidt abgeschlossenen Lebensversicherung zu gelangen. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind im Gange.

Die Berkaer Bahn schleift ein Kleinauto mit.

Weimar. Am Sonnabend vormittag ereignete sich am schrankenlosen Bahnübergang der Berkaer Bahn in der Schwanseestraße ein schwerer Zusammenstoß. Ein kleiner Opel-Wagen, der aus Zeulenroda kam, stieß auf den vom Berkaer Bahnhof kommenden Zug mit voller Wucht auf. **Der Wagen wurde über 80 Meter weit auf dem Bahndamm mitgeschleift.** Der eine der Insassen stürzte aus dem Wagen, der andere blieb darin eingeklemmt. Es handelt sich um zwei Einwohner aus Weißendorf, Helmuth Keil und Gustav Hofmann. Der erstere erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, eine Brustquetschung und Gesichtsverletzungen. Hofmann kam mit Hautabschürfungen davon. Sowohl das Auto wie der Zug sollen mit erheblicher Geschwindigkeit gefahren sein.

Ein Sonneberger Tantiemenskandal.

Die Stadt gegen Aufwandsentschädigungen.

Sonneberg. Wie festgestellt wurde, sind vom Ferngaswerk für das Jahr 1929 Aufwandsentschädigungen bezahlt worden, und zwar für den Vorsitzenden (den die Thüringer Gasgesellschaft stellt) 1200 Mark, für seinen Stellvertreter, den Bürgermeister von Neustadt/Coburg, 800 Mark und für sämtliche übrigen Mitglieder 200 Mark. Sowohl in Neustadt wie auch in Zeulenroda haben sich die Gemeinderäte mit dieser Angelegenheit befaßt. Die kommunalen Vertreter haben sich hier auf den Standpunkt gestellt, daß die Gewährung von Aufwandsentschädigung bei der Notlage der Gemeinden nicht zu verantworten sei. Für die Stadt Sonneberg ergibt sich die Frage, wer die auf 1929 entfallenden Vergütungen erhalten hat und auf welche Rechtsgrundlage die Entgegennahme dieser Beträge sich stützt, denn schon im Herbst 1929 hatte sich der Sonneberger Stadtrat scharf gegen Tantiemen für ehrenamtliche Tätigkeit der städtischen Vertreter ausgesprochen.

Untersuchungen in dieser Sache schweben noch.

Volkswohl-Lotterie

Ziehung beginnt am Mittwoch

Lose zu 1,— Mark sind noch zu haben bei

Richard Arnold, Leipziger Str. u. Markt

Mißerfolg des Kommunalsozialismus

Das Statistische Reichsamt hat in einer besonderen Veröffentlichung die finanzielle Bedeutung der kommunalen Betriebe für das Rechnungsjahr 1927/28 errechnet. Von den gesamten Ueberschüssen entfallen ¾ auf die Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) sowie Verkehrsunternehmungen, Kreditunternehmungen, Schlacht- und Viehhöfe und Grundvermögen. Wichtiger als die kaum umstrittene Frage der Versorgungsbetriebe scheint uns die Gruppe der „sonstigen Betriebe" zu sein, die nicht zum eigentlichen Aufgabenkreis der Gemeinden gehört. Hierzu gehören städtische Apotheken, Druckereien, Hotels, Steinbrüche, Brennereien, Tischlereien, Bestattungsanstalten u. ä. Die in dieser Gruppe zusammengefaßten Gemeindebetriebe haben 1927/28 Ueberschüsse in Höhe von 11,4 Millionen an den Haushalt der Gemeinden abgeführt, dagegen Zuschüsse in Höhe von 13,4 Millionen Mark erfordert. Bei dieser Gattung ist die Summe der Zuschüsse also höher als die Ueberschüsse. Diese einwandfreie amtliche Feststellung zeigt erneut, daß die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden auf privatwirtschaftlichen Gebieten in der Regel zu einer vermehrten Belastung der Steuerzahler führt.

Grundsätzliches zum Volksbegehren in Preußen

Der verfassungsrechtliche Gang. — Zahlenmäßige Möglichkeiten.

Von den drei Möglichkeiten der preußischen Verfassung, die durch ein Volksbegehren erreicht werden können (Erlaß neuer Gesetze, Abänderung der Verfassung und Auflösung des Landtages) macht zur Zeit der Stahlhelm Gebrauch. Erstmalig ist in Preußen der Artikel 6 der Verfassung angezogen: „Volksbegehren können darauf gerichtet sein, den Landtag aufzulösen". Allgemein interessieren wird nun der weitere verfassungsrechtliche Gang sowie die Aussichten dieses eingeleiteten Schrittes. Nachdem der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens mit den nötigen Unterschriften eingereicht worden ist, wurde er vom Innenminister Severing zugelassen und die Eintragungszeit in die ausliegenden Listen auf den 8.—21. April angesetzt. Wenn die Einzeichnungsfrist beendet ist, senden die Gemeinden die Listen dem Antragsteller zurück, die sie nach Regierungsbezirken und Kreisen zu ordnen und die Eintragungen zu zählen haben. **Hierauf sind die Listen bis zum 17. Juni dem Staatsministerium einzureichen,** wo durch den Abstimmungsleiter geprüft wird, ob die gesetzlich erforderliche Zahl der Unterschriften erreicht wurde. Eine gesetzlich vorgeschriebene Zeit für die Prüfung der Listen gibt es nicht; man kann aber schließlich die gleiche Zeit wie vorher, also acht Wochen, annehmen. Falls sich dann das Preußische Staatsministerium in der nächsten Kabinettssitzung mit dem Ergebnis befaßt, so könnte es Ende September im Preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden. Hierauf muß das Volksbegehren dem Landtag zur Beschlußfassung übermittelt werden, der sich innerhalb von vier Wochen zu entscheiden hat. Falls er sich durch Annahme des Antrages für das Volksbegehren entscheidet, ist das Ziel erreicht, im anderen Fall muß sofort der Volksentscheid und der Abstimmungstag festgesetzt werden. Wenn nun die Hälfte aller Stimmberechtigten dem Volksentscheid zustimmen und die Neuwahlen innerhalb zweier Monate durchgeführt sein müssen, kann man diese für Anfang Dezember erwarten, sie können aber auch durch unvorhergesehene Ereignisse bis nach Neujahr herausgeschoben werden. Aber auch ohne diese Einschränkung braucht die Regierung die Neuwahlen nicht vor Mitte Januar auszuschreiben, und da von der Auflösung des alten bis zur Neuwahl des neuen Landtages wieder eine zweimonatige Frist liegt, sind

Neuwahlen kaum vor Ende März

des kommenden Jahres, also zum Zeitpunkt des legalen Endes des jetzigen Preußischen Landtages, zu erwarten. Der Regierung ist mithin ein großer Einfluß auf die längere oder kürzere Durchführung des ganzen Verfahrens eingeräumt. Die Kostenfrage ist so geregelt, daß der größte Teil des Volksbegehrens den Antragstellern, das übrige Verfahren der Staat und die Gemeinden zu tragen haben.

Was nun die Aussichten des jetzigen Verfahrens anbelangt, so sind nach dem Stand der Septemberwahlen in Preußen 26 368 215 Stimmberechtigte festgestellt. Für die Annahme des Volksbegehrens sind gesetzlich ein Fünftel der Stimmberechtigten, also 5 273 643 nötig. Wenn man auch allgemein mit einem Erfolg des Volksbegehrens rechnet, so ist dies bei dem Volksentscheid eine andere Sache. Hier muß eine Stimme über die Hälfte aller Stimmberechtigten erreicht werden, wozu also nach dem Ausgang der letzten Reichstagswahlen in Preußen 13 184 108 Stimmen erforderlich wären. Da die Vergleichszahlen nur für Preußen zur Zeit kaum ein aufschlußreiches Bild geben, wollen wir hier kurz die Zahlen der Reichstagswahlen zum Vergleich heranziehen: Hiernach wären für einen Volksentscheid im Reich 21 036 062 Stimmen nötig, davon entfielen bei der Wahl vom September auf die mit dem jetzigen Volksbegehren sympathisierenden Parteien insgesamt im Reich 15 022 951 Stimmen. Um nun den Volksentscheid in Preußen durchzubringen, müßten diese Parteien versuchen, allein in Preußen, das also 15 703 907 Stimmberechtigte weniger hat, nach dem damaligen Stand 13 184 108 Stimmen herauszuholen. — gr. —

Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Wittenberg für die Zeit vom 16.—31. März.

Die bereits im Vorbericht verzeichnete Entlastung des Arbeitsmarktes im Berichtsgebiet des Arbeitsamtsbezirks Wittenberg hat sich auch in dieser Berichtsperiode weiter fortgesetzt und zu einem weiteren Rückgang der Arbeitsuchenden geführt. Besonders aufnahmefähig zeigte sich die Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe sowie das Baugewerbe. Auch die Metallindustrie weist erstmalig eine etwas verkleinerte Bestandzahl auf.

Der Zugang an männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden betrug 500 gegenüber 422 der vorigen Berichtszeit. In der gleichen Berichtsperiode des Jahres 1930 mußten noch 659 Zugänge registriert werden.

Der Abgang an männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden betrug 738 gegenüber 439 der vorigen Berichtszeit. In der gleichen Berichtszeit des Vorjahres wurden bereits 995 Abgänge verbucht.

Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden fiel um 208 von 6011 auf 5803 gegenüber 3519 des gleichen Stichtages des Vorjahres.

Die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden fiel um 30 von 940 auf 910 gegenüber 543 des gleichen Stichtages des Vorjahres.

Insgesamt sind 6713 Arbeitsuchende beim hiesigen Amt gemeldet, während am gleichen Tage des Vorjahres nur 4062 (2651) Personen zu betreuen waren. Der vorjährige Höchststand (Februar mit 4815 Arbeitsuchende) ist mithin immer noch um 1898 überschritten. Von den 5803 männlichen Erwerbslosen entfallen auf die Nebenstelle Coswig 1051; von den 910 weiblichen Erwerbslosen entfallen 176 auf die Nebenstelle, sodaß insgesamt 1227 Arbeitsuchende in Coswig zu betreuen sind. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen stieg in der Berichtszeit um 15 von 1186 auf 1201. Am gleichen Tage des Vorjahres waren nur 153 Wohlfahrtsunterstützte beim Amt registriert.

Preußen muß wieder preußisch werden! — Werbt, opfert und kämpft für das Volksbegehren! — Die Eintragungslisten sind deutsche Ehrenlisten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310414-17/fragment/page=0003

Verheiratete Frauen

müssen bei der Eintragung zum Volksbegehren stets auch ihren Mädchennamen den sie vor der Verheiratung geführt haben mit einschreiben, sonst ist ihre Stimme ungültig! — Auf zum Volksbegehren!

Ich bin 80 Jahre alt

und fühle mich nach Gebrauch von 2 Flaschen Ihres Knoblauchsaftes sehr frisch und wohl. Der frühere starke Blutdruck ist bedeutend herabgemindert worden und auch der Druck im Kopf ist vollständig beseitigt. Ich schwöre auf Ihre Mittel und werde sie allen meinen Bekannten empfehlen.
25606 A. Schröder, Waldegk/Mecklenburg.

Nachdem ich 2 Flaschen Ihres Knoblauchsaftes verbraucht habe, fühle ich mich bedeutend wohler und kann allen denen, die an Arterienverkalkung leiden, Ihren Knoblauchsaft empfehlen.
37040 Frau M. Täger, Dahlen i. Sa.

Heller's echter bulgarischer

Knoblauch-Saft

hat sich bei Arterienverkalkung, hohem Blutdruck, Rheumatismus, Herzleiden, Hämorrhoiden und Gallenleiden vorzüglich bewährt. Aerztlich empfohlen 1 Flasche kostet Mk. 3.— und reicht 4—6 Wochen. Achten Sie aber darauf, daß Sie auch wirklich Heller's echten bulgarischen Knoblauchsaft bekommen und nehmen Sie nichts anderes.
In vielen Apotheken und Drogerien zu haben, in Kemberg bestimmt in der Apotheke Kemberg.

Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H. Leipzig 274

37100 Anerkennungen über Zinsser-Hausmittel.

Ein Paar

Läuferschweine

(gute Fresser) zu verkaufen
Weinbergstraße 5

Zwei Fuhren

Dünger

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Alle Arten

Gartensämereien

in bekannter Güte

Spargelpflanzen
blühende Topfpflanzen

empfiehlt billigst
Gärtner H. Leue

Spielkarten

empfiehlt **Richard Arnold**

Prima junges fettes

Rindfleisch u. frische Flecke

empfiehlt
Richard Krausemann Nachfl.
Inh. Heinrich Schneider.

Frisches

Hammelfleisch

empfiehlt **Ernst Bachmann**

Morgen Dienstag
½ 8 Uhr

Speckkuchen

Ernst Wend

Morgen Dienstag
früh ab 7 Uhr

Speckkuchen

Bäckerei Ernst Berndt

Dienstag früh

billiger Seefisch-Verkauf

in Eispackung garantiert lebendfrisch

frischer Schellfisch
Fischfilet

P. Mierthschke, Burgstraße 36

Ab Dienstag früh
empfiehlt billigst

ff. grüne Heringe
Schellfisch
Fischfilet

Ww. Emma Reinecke

Vornamen-Preisrätsel

Wer ist „Ratteloch"?

Fräulein Ratteloch ist, wie Sie aus dem Bilde sehen, eine hübsche junge Dame aus guter Familie, die nur in einem Anfall von Schüttelkrankheit ihren Vornamen so durcheinander geworfen hat, daß sie ihn allein nicht mehr zusammen bekommt. Die Armste stottert immer nur noch „Ratteloch" vor sich her und kann sich auf ihren richtigen Vornamen, der aus denselben Buchstaben, nur natürlich in anderer Reihenfolge, besteht, nicht mehr besinnen. — Mit Ihr geht es einem halben Dutzend anderer junger Damen, die alle von ihren Eltern anständige Vornamen mit auf die Welt bekommen haben, ebenso. Es ist eine große Verwirrung unter allen Vornamen ausgebrochen!

Bitte helfen Sie den Bedauernswerten! Hier sind die versteilten 7 weiblichen Vornamen:

1. Ratteloch. 2. Durrteg. 3. Kraal. 4. Leimdath
5. Staugeu. 6. Terragame. 7. Dareil.

Wie sind die richtigen Vornamen?

Als Prämie erhält jeder von unserm großen

„Illustrierten Konversations-Lexikon"

die ersten 13 Lieferungen = ein kompletter Band von 832 Seiten im Format 18,5×26,5 cm, mit etwa 15 000 Stichworten und Abhandlungen und etwa 2500 Abbildungen usw. im Text und auf etwa 200 ganzseitigen Bildertafeln **vollständig gratis**, nur gegen Erstattung der Portospesen von 15 Rpf pro Lieferung, ferner eine sehr interessante Abhandlung über „Ursprung und Bedeutung unserer Taufnamen", worin über 350 Vornamen erläutert werden, eine große Karte von Europa mit allen Rundfunksendern Europas, ihren Wellenlängen, Pausenzeichen, Stärken usw. und zahlreiche andere Abhandlungen.

Warum Preisausschreiben und warum gratis?

Preisausschreiben sind infolge vieler Unreellitäten in der letzten Zeit stark in Verruf gekommen. Wir bedienen uns ihrer, weil sie das erfolgreichste Mittel sind, die allgemeine Aufmerksamkeit zu erwecken und weil wir ihnen zeigen wollen, welche außerordentlichen Vorteile wir Ihnen durch unser neues System bieten können. Für die Reellität unsers Preisausschreibens zeugen über 15 000 dankbare Kunden, begeisterte Dankschreiben und lobende Anerkennungen. Außerdem: Wir verlangen nichts von Ihnen, und Sie gehen kein Risiko ein! Machen Sie deshalb einen Versuch, und Sie werden sehen, daß Ihnen noch niemals von anderer Seite solche Vorteile geboten worden sind!

Hartung & Güllstoff, Verlag und Buchdruckerei, Leipzig S 3

Fa. Hartung & Güllstoff, Leipzig S 3, Kochstraße 23

Die Lösung des Rätsels in der Zeitung ..... ist:

1. Ch. . . . . 2. Ge. . . . . 3. Kl. . . 4. Ma. . . . . .
5. Au. . . . . 6. Ma. . . . . 7. Fr. . . .

Ich bitte, ohne jede Verpflichtung für mich, um Zusendung der zugesagten Prämien. 15 Rpf Rückporto liegen bei.

Name .....

Ort, Straße: .....

Ganz deutliche Anschrift erbeten! — — — — — Kein Geld einsenden!

Wenn Schmerzen Sie verfolgen

wie Ihr eigener Schatten, wenn

Ischias, Rheuma, Gicht, Nerven- oder Muskelschmerzen

mit fürchterlichen Qualen an die Gefahren der Krankheit mahnen, dann ist es höchste Zeit, etwas für die Gesundheit zu tun.

Der Sprung über den verhaßten Schatten glückt

wenn Sie unser unvergleichliches, ärztlich empfohlenes „Rheuma-Präparat" nehmen.
(Best.: Aspiphen. Ac phenyl. chin. Calc. glycer. phosph. natr. gluconiod.)

Vorbei sind die Tage des Leidens; Jugend, Frische und Leistungsfähigkeit kehren schnell zurück. Angeregt durch die heilsame Wirkung kann sich der schmerzbefreite Körper wieder selbst durch ungehemmte natürliche Bewegung gegen die im Blut befindlichen Feinde wehren, Zersetzungsschlacken und Harnsäure-Rückstände aus eigener Kraft ausscheiden. Machen Sie einen Versuch, noch heute. Der Frühling, die Zeit des neuen Säfteaufbaues ist dazu denkbar günstig.

Unser Präparat ist giftfrei, vollkommen unschädlich, von Autoritäten glänzend begutachtet und bequem in Kapseln einzunehmen. Begeisterte Dankschreiben solcher, die von ihrem Leiden gänzlich befreit wurden, liegen vor. Aerztliche Literatur gratis.

Versand des Präparates (Mk. 5,50) gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch die Versandapotheke.

F. FRIEDEMANN, Rheuma-Bad, AACHEN, (C 126) Harscampstr. 51

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten und Stiftzähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Ein ruhiges zugfestes

Acker-Pferd

sofort verkäuflich
Anhalterstraße 15

Achtung! Hausfrauen von Kemberg und Umgegend
Mittwoch früh

blutfr. Seefische

billig

Apfelsinen, Blumenkohl
Aepfel, Bananen
Pfeffergurken
Rot-, Weiß- und Welschkraut

alles andere ganz billig

Gustav Bernhardt, Eilenburg

Eine

Forstplan-Wiese

ist sofort zu verpachten, evtl. auch zu verkaufen ferner

1 Ackerwagen, 1 Grube Dünger

A. Holzwig

Wohnung

zu vermieten
Wittenbergerstraße 37

Ein jüngeres

Mädchen

für Hausarbeit und Landwirtschaft gesucht

Wittenberg, Kl. Friedrichstr. 2

Automobil- und Motorradklub

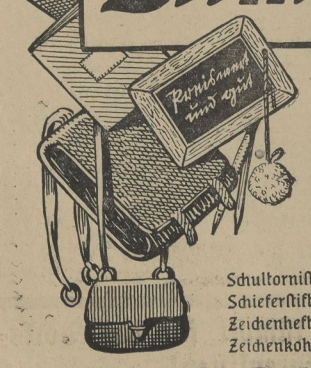
Dienstag, den 14. April, abends ½9 Uhr im Hotel Palmbaum

Versammlung

Wichtige Besprechung.
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht

Der Vorstand

Zum Schulanfang



empfehle sich

sämtl. Schulbücher

— — für die hiesige und alle Schulen der Umgegend — —

ferner sämtliche

Schulbedarfs- und Zeichen-Artikel

wie

Schultornister, Aktenmappen, Frühstückstaschen, Ostertüten, Schiefertafeln, Schieferkästen, Schieferstifte, Schwämme, Federhalter, Stahlfedern, Schreibhefte, Tinte, Bleistifte, Gummi, Zeichenhefte, Zeichenblöcke, Zeichenbogen, Tuschkästen, einzelne Farben, Pinsel, Buntstifte, Zeichenkohle, Lineale, Reißschienen, Winkel, Reißbretter, Zirkelkästen, Reißzeuge u. s. w.

Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310414-17/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 44 — Dienstag, den 14. April 1931 — 33. Jahrg.

Die Einführung der Schulneulinge

findet

Dienstag nachm. 2 Uhr statt.

Rößler, Rektor.

Eine Million Arbeitsplätze?

Sicherung der deutschen Finanzen, und Sicherung des deutschen Kredits — das waren die Aufgaben des Winters, die Regierung und Reichstag gemeinsam behandelten. Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs, und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — das wird die große Aufgabe des Sommers sein, für deren Lösung das Parlament die Regierungsvollmachten erteilt hat. Die Gutachter-Kommission, die vom Kabinett eingesetzt worden ist, um das Material für die Lösung dieser Aufgabe vorzubereiten, hat ihre Vorschläge für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Beschaffung von Arbeitsplätzen durch Einschränkung des Doppelverdienens der Regierung unterbreitet. Das ausführliche Gutachten, das die Kommission jetzt vorlegt, beweist, daß man nur die schlimmsten Schäden der Arbeitslosigkeit bekämpfen kann, daß aber die tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht durch einzelstaatliche Maßnahmen, sondern nur durch eine Umstellung der Weltwirtschaft beseitigt werden können. Das Gutachten betont, daß die Arbeitslosigkeit nicht ein nationales, sondern ein internationales, nicht ein europäisches sondern ein Weltproblem ist. Drei Hauptursachen werden für die Arbeitslosenkrise und die allgemeine Weltwirtschaftskrise angeführt: die zunehmende Industrialisierung, die nach dem Kriege einsetzende Rationalisierung in Industrie und Landwirtschaft und schließlich die Erschütterung der Märkte, die durch die politischen Vorgänge in Rußland, Ostasien und Indien, durch die Senkung der Rohstoffpreise in Südamerika. entstanden ist.

Kann man diese Grundlagen der Weltwirtschaftskrisis nicht von Deutschland her ändern, so hat die Kommission doch sehr eingehende und gründliche Vorschläge wenigstens für die Beseitigung der schlimmsten Schäden, gewissermaßen Vorschläge für die Ueberbrückung einer Notzeit, gemacht. Daß solche Vorschläge schleunigst durchgeführt werden müssen, ergibt sich allein daraus, daß, wie in dem Bericht der Kommission festgestellt wird, an der Arbeitslosigkeit rund zehn Millionen Menschen von der 63 Millionen betragenden deutschen Bevölkerung leiden, daß von den 20 Millionen deutscher Arbeitnehmer (ohne Beamte) ein Viertel arbeitslos ist. Die Vorschläge der Kommission sehen eine Verkürzung der Arbeitszeit vor, um neue Arbeitsplätze für einen Teil der Arbeitslosen zu beschaffen. Welche Wirkung eine Verkürzung der Arbeitszeit haben würde, läßt sich überaus schwer abschätzen. In dem Bericht der Kommission werden zwei solcher Schätzungen angeführt. Das Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 44 Stunden für dreiviertel Millionen Arbeiter, eine Herabsetzung auf 40 Stunden für 1½ Millionen Arbeiter Arbeitsplätze beschaffen würde. Die Schätzungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung sind wesentlich vorsichtiger. Sie rechnen bei einer Verkürzung auf 40 Wochenstunden mit Arbeitsplätzen für höchstens etwa 580 bis 600 000 Arbeiter. Auch dabei sind Einschränkungen zu machen, weil in einzelnen Industrien, wie z. B. im Bergbau, die Verkürzung der Arbeitszeit keine Gelegenheit zur Neueinstellung von Arbeitern schaffen würde, denn im Bergbau wird ohnehin schon mit Feierschichten gearbeitet. Immerhin könnte man bei einer gleichmäßigen Einschränkung der Arbeitszeit, wie es scheint, doch mit neuen Arbeitsplätzen für etwa eine halbe Million Arbeiter rechnen. Man wird nun allerdings abwarten müssen, welche Auffassung in Unternehmerkreisen herrscht, ganz abgesehen davon, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verminderung der Löhne führen würde, denn einen Lohnausgleich auf Kosten der Industrie hält die Sachverständigenkommission für unmöglich.

Noch komplizierter ist das Problem, die Arbeitslosigkeit durch Beseitigung des Doppelverdienens zu bekämpfen. Das Gutachten der Kommission gibt eingehende statistische Unterlagen zur Beurteilung des Doppelverdienens. Unter den 35,8 Millionen Berufstätiger in Deutschland haben rund 3,7 Millionen Nebenberufe. Hinzu kommen die Empfänger von Versorgungsgebührnissen, die Nebenverdienst haben. Ihre Zahl ist auf rund 4½ Millionen zu veranschlagen. Hinzu kommen weiter rund 390 000 Arbeitnehmer, die über 65 Jahre alt sind, und hinzu kommen schließlich 3,6 Millionen verheirateter Frauen, die berufstätig sind. Man kann diese Zahlen freilich nicht einfach addieren, denn häufig überschneiden sie sich. Immerhin ergibt sich, daß eine sehr große Zahl von Personen unter den Begriff der Doppelverdiener fällt. Nun wird allerdings in dem Gutachten festgestellt, daß es Fälle von kurzfristigen Arbeiten gibt, für die volle Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen müssen, daß vielfach eine Arbeitskraft durch ihre besondere Eignung nicht ohne weiteres durch eine andere Kraft ersetzt werden kann, daß es auch fraglich ist, ob man das Recht auf Arbeit einschränken darf. Aber auch hier zeigen die Erhebungen der Kommission, daß unter Berücksichtigung aller Umstände doch eine ganz erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen, nämlich rund 280 000 frei gemacht werden könnten, wenn das Doppelverdienen eingeschränkt wird. Der Hauptanteil an diesen frei zu machenden Arbeitsplätzen entfällt auf Empfänger von Versorgungsgebührnissen und alte Leute, durch deren Erfassung man glaubt, 225 000 Arbeitsplätze gewinnen zu können.

Die Kommission ist selbst, wie sich aus ihren Vorschlägen ergibt, durchaus im Zweifel darüber, ob man einen so umfangreichen Kontrollapparat aufziehen kann, daß das Doppelverdienen wirklich mit Erfolg eingeschränkt werden würde. Sie beachtet sehr gewissenhaft die grundsätzlichen Bedenken, die einem Eingreifen in das Recht auf Arbeit entgegenstehen, und darin liegt der Grund, daß sie Eingriffe auf gesetzlichem Wege vermeiden will. Statt dessen soll auf dem Wege gütlicher Vereinbarung mit der Privatwirtschaft versucht werden, zu einer Lösung des Problems zu kommen. Es handelt sich bei der Gutachterkommission um Vorschläge, denen gegenüber das Reichskabinett vollständig freie Hand hat. Wenn am 20. April der Reichskanzler aus seinem Urlaub zurückkehrt,. wird die Frage, wie man zu den Vorschlägen der Kommission Stellung nehmen will, dringend werden. Man muß damit rechnen, daß die ganze Frage möglichst bald, vielleicht auf dem Weg einer Notverordnung, geklärt werden wird. Allerdings ist es zweifelhaft, ob man dieses von der Kommission behandelte Teilproblem getrennt erledigen, oder ob man abwarten will, bis die Gutachten der Kommission zur Frage einer Reform der Arbeitslosenversicherung vorliegen, da schließlich beide Fragen in enger Verbindung miteinander stehen.

In politischen Kreisen wird hinzugefügt, daß diese Kundgebung von höchster Stelle zweifellos nicht spontan erfolgte, sondern das Ergebnis eingehender Besprechungen im Schoße der Regierung gewesen sei.

In diesem Lichte gewinnen die Aeußerungen Doumergues zur Abrüstungsfrage höchste Bedeutung. In die nüchterne Sprache des Alltags übersetzt, bedeuten seine Ausführungen über die Rolle der Militärmacht Frankreichs ein unumwundenes Bekenntnis zur bisherigen französischen Sicherheitspolitik und gegen die Abrüstung.

Das Echo der Doumergue-Rede.

Die große Rede des Staatspräsidenten Doumergue in Nizza hat in der französischen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Man unterstreicht allgemein die Bedeutung der Ausführungen Doumergues sowohl in innen- wie in außenpolitischer Hinsicht.

Das „Echo de Paris"

betont, daß es sich bei den Ausführungen des Staatspräsidenten nicht um eine gewöhnliche Rede, sondern um ein Manifest und eine Erteilung der letzten Ratschläge an das französische Volk handele. Pertinax unterstreicht dabei, daß die Worte Doumergues entweder als eine Verurteilung des Völkerbundes und als eine Ablehnung jeder Abrüstung, wie man sie ins Auge gefaßt habe, aufzufassen sei, oder aber seine Worte seien absolut bedeutungslos.

Das „Journal"

hebt hervor, daß die Ausführungen Doumergues nicht nur für Frankreich, sondern auch für andere Staaten außerhalb der französischen Grenzen bestimmt seien.

Der „Figaro"

begrüßt es, daß Frankreich heute noch über solche Patrioten verfüge, und spricht die Hoffnung aus, daß Briand sich die Worte zu Herzen nehme und in Zukunft danach handle.

Frankreichs Gegenplan.

Lavals Eingreifen in die Außenpolitik.

Paris, 11. April.

Zu der angeblich hochpolitischen Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Laval und Briand am Quai d'Orsay verlautet in gutunterrichteten Kreisen ergänzend, daß Laval tatsächlich die Absicht habe, nach Verabschiedung des Haushalts aktiv in die Außenpolitik einzugreifen. Für die geschmeidige und vorsichtige Art Lavals ist es allerdings bezeichnend, daß er Briand nicht dienstlich zu einer Besprechung im Ministerpräsidium eingeladen, sondern ihm einen freundschaftlichen Besuch im Außenministerium abgestattet hat. Dieser Besprechung sollen in nächsten Zeit noch mehrere andere folgen, wobei die Haltung Frankreichs in Genf gegenüber dem deutsch-österreichischen Zollabkommen den Kernpunkt bildet.

Wie zuverlässig verlautet, soll man an maßgebenden Stellen bereits damit begonnen haben, auf der Grundlage des Präferenzsystems, d. h. also der Vorzugszölle, einen wirtschaftlichen Plan auszuarbeiten, der auf der nächsten Ratssitzung gegen das deutsch-österreichische Abkommen ausgespielt werden dürfte. Man denkt dabei augenscheinlich an die Schaffung einer wirtschaftlichen Donauföderation bzw. eines mittel- und osteuropäischen Blocks unter Ausschluß Deutschlands. Ob der französische Entwurf noch vor der Genfer Taguna veröffentlicht wird, muß stark bezweifelt werden.

Man habe erkannt, daß die Zerschlagung der Donaumonarchie vom französischen Standpunkt ein Fehler gewesen sei, und wolle jetzt alle Mittel versuchen, ein ähnliches politisch-wirtschaftliches Gebilde gegen Deutschland zu schaffen. Briand werde zweifellos alle Anstrengungen machen, um sein Ansehen zu retten, wozu nach Lage der Dinge die Anbahnung einer Verständigung mit England gehöre. Durch französische Zugeständnisse lasse sich vielleicht eine wohlwollende Neutralität Englands in Genf herbeiführen. In jedem Falle müßt man der von der französischen Regierung geplanten Aktion in politischen Kreisen größte Bedeutung bei und läßt sogar durchblicken, daß das Schicksal Osteuropas auf der Maitagung in gewissem Sinne entschieden werden müsse.

Englisch-französische Verhandlungen.

Lord Tyrrells Mission.

London, 12. April.

Es verdient besondere Aufmerksamkeit, daß der englische Botschafter in Paris nach einer Aussprache mit Briand nach London gefahren ist. Diese Reise wird formell damit begründet, daß Lord Tyrrell die Wiederaufnahme der Arbeiten des Redaktionskomitees für das Flottenabkommen vorbereiten solle, aber man darf wohl annehmen, daß sie aus aktuelleren Gründen und zu ernsteren Zwecken erfolgt.

Diese Annahme wird auch durch die Ankündigung bestätigt, daß zum Wochenende ein höherer Beamter des englischen Außenministeriums nach Paris kommen werde mit der Aufgabe, Briand über die Bedeutung der englischen Einladung an die Reichsregierung aufzuklären.

Wenn man auch in Berliner politischen Kreisen dieser gesteigerten Lebhaftigkeit des Meinungsaustausches zwischen London und Paris besondere Beachtung zuwenden muß, so darf man das doch ohne besondere Beunruhigung tun. Die Stellung der englischen Regierung zu den akuten Problemen, die Deutschland angehen, ist so weit geklärt und festgelegt, daß man eine Verwirrung und eine entscheidende Beeinflussung von Paris her nicht zu befürchten braucht, und man könnte sogar eher der Meinung zuneigen, daß der Vorstoß, den der französische Staatspräsident Doumergue aus innerpolitischen Gründen für zweckmäßig gehalten hat, ohne seine außenpolitische Wirkung hinreichend zu überlegen, auch in London zur Vorsicht gegenüber der französischen Aufgeregtheit mahnen könnte, soweit das nötig ist. Präsident Doumergue hat im eigenen Lande keine gute Presse, und die Kritik an seinen Ausfällen gegen Deutschland beschränkt sich keineswegs auf die Organe der Linken, sondern wird auch in Blättern, deren nationale und beinahe nationalistische Färbung bekannt ist, mit großer Offenheit geübt.

Ablenkungsmanöver, wie das wahrscheinlich aus französischer Quelle stammende Gerücht von einer angeblich bevorstehenden Abberufung des deutschen Botschafters in London, sind ebenfalls keine Kennzeichen besonders starker Selbstsicherheit, und es ist allen diesen Vorgängen gegenüber um so nötiger, daß man in Berlin ruhige Nerven behält.

Für die Befriedung Europas.

Eine Kundgebung der ungarischen Revisionsliga.

Dresden, 12. April.

Die ungarische Revisionsliga soll jetzt auch nach Deutschland verpflanzt werden, um gemeinsam gegen die Friedensverträge von Versailles, Saint Germain und Trianon anzukämpfen. Der Sitz der ungarischen Revisionsliga in Deutschland ist Dresden. Die Liga veranstaltete eine öffentliche Kundgebung, in der Rudolf Reidl, Propagandaleiter der Liga, über die Ziele der neuen Organisation sprach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310414-17/fragment/page=0005